

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtschrift: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher-Gemeinnummer: 25 241  
Nur für Nachgelieferter: 20 011.

**Lebeck** KAKAO, SCHOKOLADE  
MARKE DREIRING  
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marianstraße 38/40.  
Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.  
Vertriebsbüro: 1068 Dresden.

Bezugsgebühr vom 16. bis 30. 6. 25 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Haus 1,50 Mark. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise. Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die Spalte 30 mm br. Zeile 30 d. l. ausm. 35 A. Familienanzeigen u. Stellenangebote ohne Rabatt 10 A. außerh. 20 A. die 90 mm br. Reklamazeile 150 A. außerh. 200 A. Offertingegeb. 10 A. ausm. Anträge geg. Vorausbezahl. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**THÜRMER-FLUGEL-PIANOS**  
Kunstspielplanos  
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat  
Meißen i. Sa., Martinstraße 12

**Brautausstattungen**  
Einzelmöbel in allen Preislagen  
63jähriges J. A. BRUNO Kamenzer 27  
Bestehen KÖNIG Straße 27  
Straßenbahn. 5 Telephon 22667

**Café Hülfert**  
Konditorei  
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

## Wohltot der deutschen Einfuhr nach Polen.

Painlevé erklärt die Räumung Nordafrikas aus Zivilisationsgründen für unmöglich.  
Sensationalle Vernehmung Barmals. — Bevorstehende Räumung des Ruhrgebietes?

### Der Zollkrieg beginnt.

Berlin, 23. Juni. Wie aus Berlin berichtet wird, tritt am 27. Juni die neue polnische Zollverordnung in Kraft, wonach die Einfuhr aus solchen Ländern verboten ist, die für Polen Wareneinfuhrverbot erlassen haben, und in gewissen Grenzen wird ein Kontingent der verbotenen Waren auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zur Einfuhr freigegeben. Unter den verbotenen bzw. kontingentierenden Waren sind die wichtigsten Lebensmittel, Maschinen, Automobile, Dreschmaschinen und Webwaren. Im ganzen dürften alle bisher von Deutschland exportierten Waren in der Verbotsliste zu finden sein.

### Die Pariser Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 23. Juni. Nach dem „Matin“ hat gestern Abend Staatssekretär Trendelenburg dem französischen Handelsminister einen Vertragsentwurf überreicht. Die französische Delegation sei sofort zu einer Vollversammlung zusammengetreten. Zwischen beiden Delegationen hätte sich ein reger Meinungsaustausch entsponnen.

Paris, 23. Juni. Staatssekretär Dr. Trendelenburg hatte gestern Abend eine lange Aussprache mit dem Handelsminister Chaumeil über den Fortgang der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Das Gespräch drehte sich bis nach Mitternacht aus. Die Schwierigkeiten, die in dieser Beziehung erneut zum Ausdruck gekommen sind, liegen nicht nur in der Frage der Frist bis zu den Pariser Konferenzen, sondern in erster Linie auch in der Materie selbst.

### Amerikanisches Urteil über die Wirksamkeit des Dawes-Plans.

Washington, 23. Juni. Mit Bezug auf die Meldung aus Brüssel, daß in der gestrigen Sitzung des Kongresses der Internationalen Handelskammer die belgischen Delegierten den

Dawes-Plan einer scharfen Kritik unterzogen und dessen Wirksamkeit hart angezweifelt haben, erklärte man ihm Staatsdepartement, daß Staatssekretär Wilson diesen Pessimismus nicht teilen könne. Wilson sei vielmehr der Ansicht, daß die Sachverständigen seinerzeit die Entwicklungsmöglichkeit des Dawes-Planes genügend geprüft und nur auf Grund eines günstigen Resultates ihrer Prüfung ihren Plan der Welt empfohlen hätten. Vor allem müsse man damit rechnen, daß die Ausfuhr Deutschlands in den kommenden Jahren eine Erhöhung erfahren und dadurch die Erfüllung des Dawes-Planes erleichtert werde. Man erklärte weiter, daß Wilson den Dawes-Plan stets gebilligt habe, weil er nach seiner Ansicht die wirtschaftliche Solidarität Europas wiederherstelle und auch für den amerikanischen Handel und die amerikanische Industrie neue Möglichkeiten schaffen werde.

### Die steuerliche Ueberlastung der Wirtschaft.

Ein steuerpolitischer Protest des Hansabundes  
Berlin, 23. Juni. Der Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie veröffentlicht einen steuerpolitischen Protest, in dem erklärt wird, daß die Ueberlastung der Wirtschaft durch die Steuererhöhung der deutschen Wirtschaft dieser eine Belastung auferlege, die untragbar sei, und das erhoffte Steuereinkommen ins Gegenteil verkehren müßte. Die einzelnen Steuern werden dann kritisch durchgesprochen und es wird gefordert, zu der Ueberlastung der Wirtschaft zurückzuführen, wonach die Gesetze erst dann in Kraft gesetzt werden, wenn auch die Ausführgesetze vorliegen. Die gegenwärtige Steuerreform sei für die nächste Zukunft des deutschen Wirtschaftslebens von entscheidender Bedeutung. Nur wenn es jetzt gelinge, die Grundlagen für ein erträglicheres Verhältnis zwischen Steuern und Volkswirtschaft zu schaffen, werde es möglich sein, daß die Wirtschaft die großen nationalen Aufgaben für das Staatsganze zu erfüllen vermöge, die sie in Erkenntnis ihrer Verpflichtung gegenüber dem deutschen Volk trotz schwerster Bedenken auf sich genommen hat.

### Der deutsch-polnische Zollkrieg.

Das politische Verhältnis zwischen Deutschland und Polen, das seit dem Bestehen der Warschauer Regierung nie über den Zustand kalter äußerer Korrektheit und heisser innerer Ablehnung hinausgegangen ist, wurde am ehesten noch durch gewisse wirtschaftliche Gemeinschaftsinteressen erträglich gemacht, welche allerdings für Polen weit schwerer als für Deutschland ins Gewicht fielen. Wohl bietet eine blühende polnische Volkswirtschaft für die deutsche Ausfuhr von Qualitätszeugnissen der Maschinen- und Textilbranche ein ausdehnungsfähiges Absatzgebiet, und auch unsere Industrien für Luxuswaren und Massenartikel des täglichen Bedarfs dürften in Polen ein gutes Geschäft machen. Solange sich jedoch Polen in einer so gerüttelten Wirtschaftslage wie gegenwärtig befindet, ist an einen systematischen Ausbau des deutsch-polnischen Handels nicht zu denken. Polen dagegen ist in geradezu entscheidendem Maße darauf angewiesen, seinen Produktionsüberschuß, also in erster Linie Kohle und landwirtschaftliche Produkte, auf dem einzigen Großmarkt in unmittelbarer geographischer Nachbarschaft unterzubringen. Rußland kommt zurzeit nicht in Frage und eine Belieferung nicht unmittelbar anliegender Staaten scheitert seit der Stabilisierung des polnischen Lots an den riesigen Transportkosten auf der einen, an der allgemeinen Weltwirtschaftskrise auf der anderen Seite. Noch im Januar, um nur ein Beispiel anzuführen, betrug die polnische Kohlausfuhr nach Italien 1998 Tonnen, im April aber war sie auf die Geringsfügigkeit von 420 Tonnen zusammengeschrumpft. Für Polen bedeutet Deutschland also der Großabnehmer schlechthin und die Herren in Warschau hätten wirklich allen Grund gehabt, sich mit dem Herranzen des 15. Juni den Vertretern des Reiches gegenüber von der lebenswichtigen Seite zu zeigen; denn mit diesem Tage wurde Deutschland laut Artikel 24 des Genfer Abkommens die wirtschaftliche Handelsfreiheit im Osten wiedergegeben, die während einer Uebergangsperiode im Verfolg der ober-schlesischen Teilung empfindlich beschränkt worden war. So war u. a. Deutschland bisher gezwungen, Polen ein monatliches Einfuhrkontingent von 500 000 Tonnen Kohlen zuzugestehen, und nur diesem Umstande war es zu verdanken, daß die österschlesischen Gruben, unter der Last der sinnlosen Teilung aufs lauteste höhnend, noch immer nicht vollständig zusammenbrechen mußten. Deutschland kam dieser Verpflichtung, trotz Ueberfüllung der eigenen Kohlenhalde, getreulich nach, nicht zuletzt deshalb, weil es die ehemals deutschen, allerdings nur noch zum kleineren Teile mit deutschem Kapital arbeitenden Betriebe samt ihren deutschen Belegschaften so viel wie möglich schonen wollte. Es gab sogar zu erkennen, daß es sich noch über die vertragsmäßig festgesetzte Frist hinaus zur Bewilligung eines Kohleneinfuhrkontingents von 60 000, ja schließlich 100 000 Tonnen bereit erklärte, wenn Polen dieses Entgegenkommen auf anderem Gebiete beweisen werde, es war aber alles vergeblich. Die gegenwärtig zu Handelsvertragsverhandlungen in Berlin weilenden polnischen Unterhändler leiten eine so unverföhnliche Haltung an den Tag, daß das deutsche, schon fast zu weit gehende Entgegenkommen endlich seine Grenze fand und das Reich vom 15. Juni ab jede Kohleneinfuhr aus Polen sperrte. Es wandle damit nur ein Recht an, das jeder Nation zusteht und das nicht den geringsten Anlaß zu Vergeltungsmaßnahmen bot.

Dieser Entschluß hat in Polen eine begriffliche, aber sachlich durchaus unbegründete Erregung hervorgerufen. Das Wort „Zollkrieg“ spielt in der leicht zu erfindenden polnischen Presse die Hauptrolle, und der Schlagruf: „Repressalien!“ dringt bis in das Kabinett des polnischen Handelsministers, der unter Affekt des vom Demagogen zum millionenfachen Zehnfacher avancierten Korkants mit den Sachverständigen der Wirtschaft die peinliche Sensation der Woche berät. Es ist wahr, Deutschland hat in seinen Vorschlägen gegenüber Polen in weit höherem Maße als es sonst üblich ist, wirtschaftliche Zugeständnisse mit politischen Forderungen verknüpft, aber es ist nicht minder einleuchtend, daß mit Polen erst dann wirklich fruchtbringende Handelsvereinbarungen getroffen werden können, wenn die größten Steine des Anstoßes in der polnischen Rinderbetriebspolitik beseitigt worden sind. Solange der Deutsche in Polen vogelfrei ist, jederzeit enteignet, ausgenutzt, terrorisiert und mißhandelt werden kann, während Polizist und Richter Schadenfroh die Daumen drehen, wäre es geradezu unverantwortlich, wenn das Reich seine wirtschaftlichen Druckmittel verschrenkte, ohne von ihnen den richtigen Ge-

## Einwände gegen die Briand-Note.

### Französische Unterminierung des Völkerbundes.

Berlin, 23. Juni. Aus parlamentarischen Kreisen wird an der Briand'schen Antwort auf den deutschen Sicherheitsvorschlag erklärt, daß die ablehnende Haltung der Regierung gegen die französische Note bei eingehender Prüfung noch angenommen habe. Bezüglich des Rheinpaktes sei die von Frankreich aufrechterhaltene Forderung auf Sonderaktionen bzw. Sanktionen von jeder für Deutschland ein klarer Vertragsbruch gewesen. Diese Forderung werde auch in Zukunft als Vertragsbruch betrachtet werden. Ferner müsse Deutschland als Gegenkonzeption für freiwillige Anerkennung der Westgrenze sowie die ebenfalls angebotene freiwillige Garantie der entmilitarisierten Zone verlangen, daß die nach Abschluß der Verträge völlig anders zu beurteilende Befestigung einiger Gebiete, darunter natürlich auch die mit der nördlichen Zone zusammenhängenden Fragen der Entwaffnung bei den kommenden Verhandlungen erörtert werden. Das gleiche gelte von der Saar und den sogenannten Invektionen nach Artikel 213.

Bezüglich der eigenartigen Rechtskonstruktion: Frankreich als „Garant“ für die Schiedsverträge, werde das Vorgehen Frankreichs, das ja seit mehreren Jahren mit diesen Ländern Sonderabkommen eingegangen und also im Hinblick auf diese Sonderabkommen sei, geradezu als Vorbild auf den Völkerbund und seine Ziele empfunden. Namentlich diejenigen Politiker, die für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu haben gewesen seien, seien in dem jetzigen Vorgehen Frankreichs ein Verhalten, das geeignet sei, schließlich das ganze Gebäude des Völkerbundes über den Haufen zu werfen.

Man wundert sich hier auch darüber, daß der Völkerbund selbst scheinbar noch gar nicht erkannt hat, wie sehr diese sonderbare französische Konstruktion den Völkerbund geradezu unterminiere. In diesem Sinne sei

die Note vom 16. Juni eigentlich der schwerste Schlag, der bisher gegen den Völkerbund geführt worden ist.

Das größte Mitleid in diesem Zusammenhang aber bleibe England. Man hatte bisher geglaubt, daß gerade von ihm ein stärkerer Druck auf Deutschland zum Eintritt in den Völkerbund ausgeht worden sei, und siehe nun die verantwortlichen Leiter der englischen Politik eine französische Politik unterstützen, deren weitere Verfolgung offensichtlich das Entgegengesetzte herbeiführen müsse.

## Die Briand-Note.

### Die englische Arbeiterpartei gegen den Sicherheitspakt.

London, 23. Juni. Die Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei nahm eine Entschiedenheit an, die besagt: Der vorgeschlagene Sicherheitspakt sei im Hinblick auf seinen beschränkten Bereich, seine erakten militärischen Verpflichtungen und unsicheren Verantwortlichkeiten sowie im Hinblick auf das Fehlen einer Vereinbarung, betreffend gegenseitige und allgemeine Nichtangriffsbündnisse, nicht geeignet, eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich oder einen stabilen europäischen Frieden zu sichern. Es entspreche mehr dem System teilweiser Bündnisse, gegen das die Arbeiter so oft protestiert hätten, und sei unvereinbar mit dem Geiste und den Idealen der Völkerbundtagung. Die Arbeiterpartei fordere mit Nachdruck den Ausbau des Völkerbundes durch die Einziehung Deutschlands und Rußlands und die Schaffung eines allumfassenden Sicherheitspaktes mit den Grundrissen des Schiedsgerichtes und der Sicherheits- und Abrüstungsgründe, wie des im Genfer Protokoll vorgezeichneten. (S. L. V.)

### Deutsch-französischer Phrasenaustausch.

Berlin, 23. Juni. In der gestrigen Unterredung des deutschen Botschafters v. Döesch mit dem französischen Außenminister Briand meldet die Ill., daß dazu eine halbamtliche Radiosendung vorliegt, in der gesagt wird, daß der Besuch des Herrn v. Döesch völlig unerwartet gekommen sei. Im Rahmen einer allgemeinen Unterredung habe Botschafter v. Döesch die Frage aufgeworfen, ob Frankreich zu einer Politik der Verkündigung und der Entspannung gegenüber Deutschland bereit sei. Briand habe diese Zusicherung gegeben, unter der Voraussetzung, daß einer solchen Verkündigung mit Deutschland die Achtung vor den bestehenden Verträgen zugrundeliege.

Der Wort sind genug gewechselt: Laßt uns nun endlich Taten sehen!

### Räumung der Ruhr in kürzester Frist?

Paris, 23. Juni. Der Ministerrat hat die Maßnahmen des Kriegs- und Innenministeriums mit Bezug auf die Erfüllung der Verpflichtung zur Räumung der Ruhr genehmigt. Die Räumungsoperationen werden in kürzester Frist beginnen. Das amtliche Communiqué bestätigt den Beschluß des Ministerrats.